

Die Chile-Nachrichten/ Lateinamerika Nachrichten: Chilenisches Exil und Solidarität in der Bundesrepublik

Nicole Scharrer

Mit *Historia de un Oso* gewann Chile im Februar 2016 erstmals einen Oscar. Der animierte Kurzfilm zeigt einen einsamen alten Bären, der scheinbar eine glückliche Familie mit Frau und Kind hatte, nun aber allein ist. Er baut ein eigenes Diorama mit kleinen Figuren, in dem er die Geschichte einer Bärenfamilie erzählt, deren Vater eines Tages zusammen mit weiteren Tieren aus der Siedlung gewaltsam von einem Zirkus gefangen genommen wird. Dort muss er gegen seinen Willen jonglieren und Rad fahren– weit weg von seiner Familie. Inspiriert war Regisseur Gabriel Osorio von den Erlebnissen seines Großvaters Leopoldo Osorio, der während der Militärdiktatur in Chile zwei Jahre gefangen genommen wurde und anschließend nach England ins Exil flüchten musste. Damit schneidet der Film ein Thema an, das in der chilenischen Gesellschaft heute in Vergessenheit zu geraten droht und doch für die geschätzt 1,6 Millionen ExilchilenInnen¹ sowie für ihre Familien weiter aktuell bleibt.

Militärputsch und politische Verfolgung

Der Militärputsch am 11. September 1973 setzte der demokratisch gewählten Links-Regierung Salvador Allendes ein jähes Ende. Innerhalb weniger Tage hatte die Militärjunta unter Führung des Generals Augusto Pinochet das Land unter Kontrolle gebracht, löste das Parlament auf, verbot politische Parteien und hob Grundrechte auf. Es folgten 17 Jahre Diktatur, in der zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Die 1990 eingesetzte *Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación* (Nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission – „Rettig-Kommission“) berichtete von 2.296 Menschen, die aus politischen Gründen getötet wurden, und fast 1.000 weiteren Personen, die Opfer von *desapariciones forzadas* („gewaltsamen Verschwindens“) geworden sind.² Die *Comisión Nacional Sobre Prisión Política y Tortura* (Nationale Kommission über politische Gefangene und Folter – „Valech Kommission“) untersuchte darüber hinaus ab 2003 Fälle willkürlicher Haft und Folter. Laut ihrer aktuellsten Resultate aus dem Jahr 2011 waren 38.254 Überlebende in politischer Gefangenschaft, bei der auch Folter eine fest institutionalisierte

¹Schimpf-Herken, Ilse: Exil zwischen Solidarität und Bevormundung, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 233., Nov. 1993, S.22.

²*Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación (Informe Rettig)*, online unter: http://www.ddhh.gov.cl/ddhh_rettig.html [22.03.16]

Praxis war. Insgesamt wurden also mehr als 40.000 Menschen Opfer von Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur.³

Viele der verfolgten chilenischen Gewerkschafter, Studenten, Politiker, Künstler und Intellektuellen blieb keine andere Wahl als vor der Verfolgung in ihrem Heimatland zu flüchten und Schutz vor der Verfolgung im Ausland zu suchen – unter anderem im damals noch geteilten Deutschland. So verließ auch die heutige Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, 1975 mit ihrer Mutter Chile und verbrachte vier Jahre im Exil in der DDR. Die Flucht aus dem Heimatland zog neben organisatorischen und bürokratischen Hürden zahlreiche weitere Herausforderungen nach sich. Die Ankunft in einem fremden Land, die Konfrontation mit einer neuen Kultur und Sprache, aber auch der Umgang mit traumatischen Erlebnissen aus der Gefangenschaft in Chile sowie das Zurücklassen von Familie und Freunden gestalteten die erzwungene Migration als schwierig. Oft war die erste Zeit im Exil geprägt von der Hoffnung, die Militärdiktatur würde ein rasches Ende finden und damit eine schnelle Rückkehr ermöglichen. Gleichzeitig mobilisierte und organisierte sich die Zivilgesellschaft der Bundesrepublik, um den zahlreichen Menschen in Chile Solidarität zu bekunden, politisch verfolgten ChilenInnen durch Studenten- und Arbeitsvisa Exil zu ermöglichen, international über Menschenrechtsverletzungen zu informieren und so auch Druck auf die chilenische Regierung aufzubauen. Eine zentrale Anlaufstelle dafür waren die Chile-Nachrichten – später Lateinamerika Nachrichten.

Die Chile-Nachrichten: Geburtsstunde der Lateinamerika-Solidarität

Bereits fünf Monate vor dem Putsch wurden die ersten Chile-Komitees in Heidelberg, Tübingen und Frankfurt gegründet. Im Juni 1973 schlossen sie sich zusammen, um mit WissenschaftlerInnen des Lateinamerika Instituts der Freien Universität Berlin und West-Berliner VertreterInnen die Chile-Nachrichten zu gründen. Die erste Ausgabe vom 28. Juni 1973 bestand aus acht Seiten, von welchen 50 Exemplare gedruckt und an FreundInnen verschickt wurden. Zunächst erschien die Zeitschrift alle zwei Wochen. Als die Solidaritätsbewegung nach dem Putsch im September immer mehr Zulauf erhielt, gründeten sich weitere Chile-Komitees in vielen Städten der Bundesrepublik, die Demonstrationen und Hilfsaktionen organisierten. Auf internationalem Niveau organisierten sich weit über 1.000 Chile-Komitees, die sich am 15. September zur „Europäischen Koordination für Solidarität mit Chile“ zusammenschlossen. Gegen Ende des Jahres betrug die Auflage bereits 6.000 Stück und auch der Umfang stieg auf etwa 60 Seiten, sodass es nur noch eine Monatsausgabe gab. Um die Dokumente, die bei dieser Arbeit gesammelt wurden, zu archivieren und öffentlich zugänglich zu machen, wurde 1974 außerdem das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) gegründet.⁴

³ *Informe de la Comisión Presidencial Asesora para la Calificación de Detenidos Desaparecidos, Ejecutados Políticos y Víctimas de Prisión Política y Tortura*, online unter: <http://www.indh.cl/wp-content/uploads/2011/10/Informe2011.pdf> [22.03.16]

⁴ „Das schwierige Erbe der Diktatur. Ein Dossier über Chile 40 Jahre nach dem Putsch“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, LN-Dossier 8, Juli/Aug. 2013, S. 5f.

Inhaltlich beschränkte sich die Zeitschrift zunächst auf die Geschehnisse in Chile, weitete sich im Laufe der Jahre allerdings auch auf die Nachbarländer aus, in welchen sich ebenfalls Militärdiktaturen etablierten. Ab Nr. 51 im September 1977 nennen sich die Chile-Nachrichten schließlich in Lateinamerika Nachrichten (LN) um und werden unter diesem Namen noch heute herausgegeben. Politisch war die Zeitschrift geprägt von den marxistischen, sozialdemokratischen oder christlichen Auffassungen ihrer Redakteure.⁵ Die Idee, Opfern politischer Verfolgung durch Solidaritätsbekundungen beizustehen und Hilfsaktionen in einem breit organisierten Netzwerk zu veranstalten, fand ihren Ursprung in den Chile-Komitees und übertrug sich im Laufe der Jahre auf andere Länder Lateinamerikas, die ebenfalls von brutalen Militärdiktaturen betroffen waren. In ihrer 6. Ausgabe vom 28. September 1978 stellt die Redaktion der Chile-Nachrichten klar:

„Unsere Solidarität mit Chile kann keine Bedingungen kennen. Sie gilt zunächst allen, die von der Militärjunta und ihren faschistischen und „demokratischen“ Helfern verfolgt werden. Wir können keinen Unterschied machen zwischen Sozialisten und Kommunisten, christlichen Linken und Sozialdemokraten, Anhängern des MIR und fortschrittlichen Christdemokraten, Chilenen und Ausländern. Sie gilt natürlich auch allen, die sich gegen die Maschinerie von Mord und Terror zur Wehr setzen. Wie werden helfen müssen, wo immer das möglich ist.“⁶

Die Chile-Komitees setzten es sich daraufhin zur Aufgabe, Informationen zu verbreiten, Aktionen der Solidarität zu unterstützen und Druck auf Bundesregierung, nationale sowie internationale Organisationen aufzubauen. In der Bundesrepublik entstand die größte Solidaritätsbewegung seit Ende des Nationalsozialismus. In den Wochen nach dem Putsch demonstrierten mehr als 150.000 Menschen und es entstanden mehr als 1.000 Chile-Komitees. Das Thema spielte sowohl in der Gesellschaft als auch in Gewerkschaften, Berufsverbänden sowie politischen Parteien eine wichtige Rolle. Die dabei gewonnene Dynamik war in den Folgejahren Vorbild weiterer Solidaritätsbewegungen und wird daher oft als „Geburtsstunde der Lateinamerika-Solidarität“⁷ betitelt. Von großer Bedeutung waren diese Bewegungen nicht nur für diejenigen Opfer der Militärdiktatur, die in Chile lebten, sondern auch für politisch Verfolgte, die ihr Land verlassen und im Exil leben mussten.



**Autokleber als Solidaritätsbekundung
Chile-Nachrichten Nr. 11, Dezember 1973**

⁵ Kranz, Peter: „Vor 30 Jahren – Wie alles Anfang“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 348, Juni 2003.

⁶ *Chile-Nachrichten*, Nr. 6, Sept. 1973, S. 30.

⁷ „Solidarische Stimmen - Eine kleine, nicht-repräsentative Bilanz der Chile-Solidaritätsbewegung“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, LN-Dossier 8, Juli/Aug. 2013, S. 31.

Chilenisches Exil in der Bundesrepublik

Als Chile, das nach der deutschen Revolution 1848, der Weltwirtschaftskrise der 1920er und dem Zweiten Weltkrieg zum beliebten Einwanderungsland für Deutsche geworden war, seit 1973 erstmals eine massive Emigration erlebte, hofften viele ChilenInnen auf Exil in der Bundesrepublik. Dem im Grundgesetz gesicherten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte standen in den ersten Wochen nach dem Putsch allerdings einige bürokratische und politische Hürden entgegen. Eine schnelle und unkomplizierte Hilfe blieb den ca. 100 Menschen, die in dieser Zeit um Asyl in der deutschen Botschaft baten, zunächst verwehrt.⁸ Grund dafür war, dass diplomatisches Asyl, das in anderen Ländern Lateinamerikas möglich war, von der Bundesrepublik nicht anerkannt wurde. Eine einstweilige Zuflucht wurde lediglich in Fällen einer akuten Lebensgefahr gewährt. Hinter dieser Erklärung wurden oft politische Motive vermutet. Auch der damalige Botschafter Kurt Lüdde-Neurath wurde vor diesem Hintergrund mit seiner Vergangenheit als Mitglied der NSDAP und SA konfrontiert und löste eine Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit aus, die ihn nicht selten verdächtigte, mit Pinochet zu sympathisieren. Dieser Verdacht wurde letztendlich zwar entkräftet – Lüdde-Neurath setzte sich in den folgenden Wochen auch gegenüber dem Auswärtigen Amt für die Aufnahme von Flüchtlingen ein und nahm schließlich auch zahlreiche Opfer der Militärdiktatur in der Botschaft auf. Dennoch geriet die Frage der Aufnahme verfolgter ChilenInnen in eine gewisse Polemik und gewann eine hohe Symbolik. Das hing vor allem mit der Logik des Kalten Krieges zusammen, der zufolge Anhänger Salvador Allendes dem anderen ideologischen Spektrum angehörten. Dementsprechend entwickelte sich auch die Diskussion um chilenische Flüchtlinge zu einem innenpolitisch bedeutenden Thema.

In den Chile-Nachrichten Nr. 8 wird darüber berichtet, dass Amnesty International im Oktober dazu aufrief, chilenische Flüchtlinge in die Bundesrepublik aufzunehmen. Dazu wurde eine Aktion in 58 Städten organisiert, bei der in Briefen die Gewährung von Asylrecht für chilenische Bürger gefordert wurde. Ende Oktober beschließt die Bundesregierung schließlich, 100 Personen aufzunehmen. Allerdings wurde zunächst eine vier-köpfige Kommission bestehend aus Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit eingesetzt, um potentielle Exil-ChilenInnen individuell zu überprüfen. Diese Kommission reiste Anfang November nach Santiago und führte Befragungen über die potentielle Arbeitsfähigkeit und –willigkeit sowie die politische Gesinnung durch. Diese außergewöhnlich detailgenaue Überprüfung war auch im westeuropäischen Vergleich außergewöhnlich. Die Auswahlkommission war schnell in Chile berüchtigt und hatte eine durchaus abschreckende Wirkung, da mit Antworten zur politischen Tätigkeit, den Freunden und Verwandten eine Auslieferung an die Militärjunta befürchtet wurde. Über diese Problematik berichten die Chile-Nachrichten in Nr. 11 vom Dezember 1973. Darin wird von einer „Doppelstrategie“ gesprochen, bei der die Bundesrepublik sich in der Öffentlichkeit einerseits euphorisch dazu bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen, andererseits aber Hürden durch zeitliche Verschleppung sowie eine zahlenmäßige Beschränkung durch das Aussieben nach politischen Gesichtspunkten aufbaut.

⁸ Waske, Stefanie (2013): Pinochets Putsch, Deutschlands Furcht, in: *Zeit*, online unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-12/pinochet-chile-asyl-deutschland> [24.03.16].

Staatssekretär Moersch sagte dazu: „Es geht darum, dass wir keine Berufsrevolutionäre aufnehmen wollen“.⁹ Im Dezember treffen dann schließlich die ersten ExilchilenInnen in Frankfurt a.M. ein. Insgesamt verließen 320 Flüchtlinge, die bis zum 10. Dezember 1973 Zuflucht in der bundesdeutschen Botschaft fanden, ihr Land in Richtung BRD. Ab diesem Zeitpunkt errichtete die Militärjunta wieder Kontrollposten vor der Botschaft, was Exil über die offizielle Vertretung wieder erheblich erschwerte. Bis Februar 1974 nimmt die Bundesrepublik 500 ChilenInnen auf.¹⁰

Im internationalen Vergleich dauerte das Aufnahmeverfahren allerdings überdurchschnittlich lang: In England oder den Niederlanden benötigte ein solcher Prozess zwischen sechs und zwölf Wochen, manche skandinavische Staaten erteilten in dringenden Fällen sogar Einreisevisa innerhalb weniger Stunden. Im Gegensatz dazu dauerte die Abwicklung eines solchen Verfahrens in der Bundesrepublik aufgrund der Überprüfung jedes Einreisenden oft ein dreiviertel oder sogar ein ganzes Jahr¹¹.

Die Rolle der Chile-Solidarität für ExilchilenInnen



Chile-Nachrichten Nr. 6, September 1973

Aufgrund dessen waren von der Regierung unabhängig organisierte Programme zur Aufnahme bedrohter ChilenInnen umso wichtiger. Durch die Koordination zwischen Chile-Komitees und Amnesty International wurde ein Flüchtlingsbüro in Buenos Aires errichtet, von wo aus tausende Flüchtlinge in den Westen Europas gelangten. In der Nr. 16 der Chile-Nachrichten wird über die Organisation der Ausreise in die Bundesrepublik berichtet¹². Viele ChilenInnen lehnten demnach ein Asylverfahren ab, da sie sich die Rückkehr ins Heimatland nicht verbauen und Angehörige in Chile nicht in Gefahr bringen wollten. Andere Möglichkeiten des Exils bestanden zum einen in der Einreise mittels eines Touristenvisums. Dies stellte allerdings nur eine Übergangslösung dar, da es nach drei Monaten abließ und Betroffenen oftmals die Ausweisung

drohte. Die andere Möglichkeit war die „offizielle“ Einreise, die schon vorher von der Botschaft genehmigt wurde. Dies funktioniert in den meisten Fällen über einen Arbeits- oder Studienplatz. Daher war die Arbeit verschiedenster Organisationen wie Amnesty International, Chile-Komitees, Institutionen der Kirche, Solidaritätsgruppen aus Parteien und Gewerkschaften und Universitäten ein zentraler Bestandteil der Aufnahme von ExilchilenInnen in der Bundesrepublik. Ihre Bemühungen machten es möglich, zahlreiche Stipendien und Arbeitsstellen bereitzustellen, Notunterkünfte von Gemeinden der Evangelischen Kirche bereitzustellen, Sach- und Geldspenden zu organisieren und mittels

⁹ Chile-Nachrichten, Nr. 11, Dez. 1973, S.2.

¹⁰ Chile-Nachrichten, Nr. 13, Feb. 1974, S. 55.

¹¹ Schimpf-Herken, Ilse: Exil zwischen Solidarität und Bevormundung, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 233., Nov. 1993, S.26.

¹² Chile-Nachrichten, Nr. 16, Dez. 1973, S.56ff.

offensiver Öffentlichkeitsarbeit Druck auf die Regierung aufzubauen. Während Asylberechtigte Anspruch auf Sozialhilfe hatten, war die Situation für andere ExilchilenInnen komplexer: von ihnen wurde erwartet, dass sie entweder durch ein Stipendium oder eine eigene Arbeitsstelle finanziell für sich selbst aufkommen konnten. War dies nicht der Fall, drohte die Ausweisung.

Erste Ausweisungsverfügungen wurden tatsächlich im September 1974 ausgeführt. Die Chile-Nachrichten berichten in Nr. 19 darüber, wie ChilenInnen trotz Arbeitszusagen eine Aufenthaltserlaubnis verweigert wird. Behörden rechtfertigen die Ausweisungen folgendermaßen: „Der unkontrollierte Zustrom ausländischer Arbeitnehmer beeinträchtigt jedoch die Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis... nicht in Betracht kommt“¹³. Die Betrachtung



Berlin: 11. September

Solidaritätsveranstaltung zum zweiten Jahrestag des Militärputsches, Chile-Nachrichten Nr. 30, September 1975

der chilenischen Flüchtlinge als „unerwünschte Gastarbeiter“¹⁴ war bei

konservativen Parteien nicht selten. Der Druck auf Landes- und Bundesregierung durch Solidaritätsbekundungen und Proteste erzielte jedoch oftmals auch Erfolge. Nachdem im Dezember 1974 einige prominente Flüchtlinge wie der ehemalige Minister Almeyda abgewiesen worden waren, kam es zu zahlreichen Protesten und Kritik an der Regierung. So erklärte sich die Landesregierung Baden-Württembergs im Februar 1975 schließlich dazu bereit, 120 Exilierte aufzunehmen.¹⁵ Viele der durch Bonn aufgenommenen Flüchtlinge waren ChilenInnen, welche die Militärjunta direkt aus der Haft auswies. Die Bitten um Freilassungen der Bundesrepublik bezogen sich stets auf „humanitäre Gründe“, politische Verfolgung wurde dabei nicht angesprochen. Das lag daran, dass die Bundesregierung trotz ihres Wissens um Menschenrechtsverletzungen unter Pinochet diplomatische Normalität zu bewahrend versuchte und daher nur im begrenzten Umfang Flüchtlinge aufnahm. Es sollte der Eindruck vermieden werden, die BRD werde zum „Sammelbecken der Opposition“¹⁶. Die zahlenmäßige Begrenzung verschaffte oftmals den Eindruck, es handle sich um „Kontingentflüchtlinge“¹⁷, was die Bundesregierung allerdings stets mit der Begründung abwies, dass die Quoten mehrmals erweitert wurden. Bis 1979 reisten letztendlich 2.700 Exilierte aus Chile ein.

¹³ *Chile-Nachrichten*, Nr. 19, Sep. 1974, S.56.

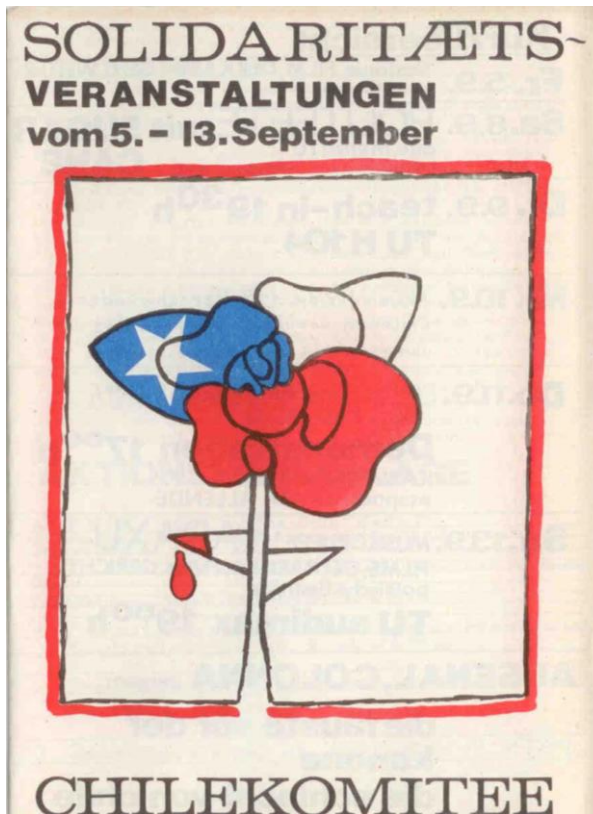
¹⁴ *Chile-Nachrichten*, Nr. 20, Okt. 1974, S.57.

¹⁵ *Chile-Nachrichten*, Nr. 24, Feb. 1975, S.35.

¹⁶ *Praxis, Symbol und Politik. Das chilenische Exil in der Bundesrepublik nach 1973*, online unter: <http://santiago-berlin.net/praxis-symbol-und-politik-das-chilenische-exil-in-der-bundesrepublik-deutschland-nach-1973/> [24.03.16]

¹⁷ Ebd.

Wie sah das Leben der ExilchilenInnen jedoch aus, nachdem sie die bürokratischen Hürden der Einreise hinter sich gebracht haben? Die Tatsache, dass die Migration in die Bundesrepublik einen Gewaltcharakter mit sich bringt, der Menschen aus ihrem politischen, beruflichen und familiären Umfeld reißt, macht die Konfrontation mit einem komplett neuen kulturellen sowie sprachlichen Umfeld schwer. Die Hoffnung, die Militärdiktatur würde schnellst möglich ein Ende nehmen und man könne bald ins Heimatland zurückkehren, hinderte viele an einer längerfristigen Planung und Integration.



Sonderheft zu den Solidaritätsveranstaltungen des Chile-Komitees, Chile-Nachrichten Nr. 29, September 1975

Die Situation in Chile, in der das Modell Salvador Allendes und der Unidad Popular von Grund auf reformiert wurde, entwurzelte ChilenInnen gleichzeitig von der gewohnten Heimat. So lebten viele Exilierte in dem stetigen Spannungsfeld zwischen der Nostalgie und Sehnsucht zu einer Heimat, die einem selbst bereits fremd geworden ist, und der neuen, erzwungenen Heimat. Der abrupte Bruch mit dem Leben in Chile sowie dem gesellschaftlichen und politischen Engagement, dem viele der politisch Verfolgten ChilenInnen nachgegangen waren, zeigt umso deutlicher, wie wichtig Solidarität im neuen Land war. Der Kontakt zu deutschen Solidaritätsorganisationen, der Aufbau von Exilvertretungen der Parteien in der Bundesrepublik und die Kontaktpflege zum Widerstand in Chile waren für viele Menschen ein Anhaltspunkt, der das Leben in der Bundesrepublik erleichterte.¹⁸

¹⁸Schimpf-Herken, Ilse: Exil zwischen Solidarität und Bevormundung, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 233., Nov. 1993, S.27.

Literaturverzeichnis

Chile-Nachrichten:

Chile-Nachrichten, Nr. 6, Sept. 1973.

Chile-Nachrichten, Nr. 11, Dez. 1973.

Chile-Nachrichten, Nr. 13, Feb. 1974.

Chile-Nachrichten, Nr. 16, Feb. 1974.

Chile-Nachrichten, Nr. 19, Sep. 1974.

Chile-Nachrichten, Nr. 24, Feb. 1975.

Lateinamerika Nachrichten:

Kranz, Peter: *Vor 30 Jahren – Wie alles Anfang*, Nr. 348, Juni 2003.

Schimpf-Herken, Ilse: *Exil zwischen Solidarität und Bevormundung*, Nr. 233., Nov. 1993.

Das schwierige Erbe der Diktatur. Ein Dossier über Chile 40 Jahre nach dem Putsch, LN-Dossier 8, Juli/Aug. 2013.

Solidarische Stimmen - Eine kleine, nicht-repräsentative Bilanz der Chile-Solidaritätsbewegung, LN-Dossier 8, Juli/Aug. 2013.

Internetquellen

Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación (Informe Rettig), online unter: http://www.ddhh.gov.cl/ddhh_rettig.html [22.03.16].

Informe de la Comisión Presidencial Asesora para la Calificación de Detenidos Desaparecidos, Ejecutados Políticos y Víctimas de Prisión Política y Tortura, online unter: <http://www.indh.cl/wp-content/uploads/2011/10/Informe2011.pdf> [22.03.16].

Praxis, Symbol und Politik. Das chilenische Exil in der Bundesrepublik nach 1973, online unter: <http://santiago-berlin.net/praxis-symbol-und-politik-das-chilenische-exil-in-der-bundesrepublik-deutschland-nach-1973/> [24.03.16].

Waske, Stefanie (2013): *Pinochets Putsch, Deutschlands Furcht*, in: *Zeit*, online unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-12/pinochet-chile-asyl-deutschland> [24.03.16].